



In der Besetzung ist noch manches nachzuholen. Auch die Besätze der Aspiranten und Wägen und Wägen bedürfen einer Erhöhung. Die Reife- und Unzulänglichkeiten für die Lehrer sind von der Regierung in einer Weise geregelt worden, wie man es nicht hätte erwarten sollen. Die Lehrer werden da unter die Subalternbeamten, ja unter die Unterbeamten gestellt. Darin liegt eine Verfeinerung der Stellung unserer Lehrer. (Leb. Sehr richtig) Der Antrag des Zentrums, den Einfluß der Räte an Rektoratschulen zu sichern, bedeutet weiter nichts, als die geistliche Schulaufsicht wieder einzuführen. (Sehr richtig) Den müssen wir uns auf mit voller Entschiedenheit verweigern. (Leb. Zustimmung B. u. Freilich. n. links) Eine Ausgestaltung des Unterrichts wünschten wir. Aber eine Erhöhung des deutschen Unterrichts darf dadurch nicht eintreten. Die Religion ist im Herzen des Menschen. Dieser Unterricht kann nur erfolgreich gelehrt werden, wenn er dem Herzen der Lehrer kommt; dann wird er auch in die Herzen der Kinder bringen. (Leb. Beifall.) Hierauf wird die Weiterberatung auf heute abend 7 1/2 Uhr vertagt.

# Deutscher Reichstag.

148. Sitzung vom Donnerstag, 9. März 1911.

Am Bundesratspräsidenten: Krawitz, Kommissar.  
Präsident Graf Schönerer eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

## Der Postetat.

(Zweiter Tag.)

Die allgemeine Aussprache wird fortgesetzt in Verbindung mit den bereits mitgeteilten Resolutionen.

Abg. Dr. Teichmann (Volk): Wir stimmen den Resolutionen zu, die auf eine Besserung der Lage der Postbeamten abzielen. Bedauerlich ist es, daß die Postbeamten in den Ostmarken meistens die Sprache der Bevölkerung nicht verstehen. Die politischen Postbeamten sind auf den Ausländerbesatz gesetzt worden.

Abg. Böttmann (Wirtsh. Agg.): Die in der Kommission mit nur geringer Mehrheit beschlossenen Streichungen sollten wieder befristet werden. Wir bitten dringend, die Zahl der eintätigen Stellen zu vermehren. Wir wären dankbar für eine klare Mitteilung des Staatssekretärs, welches Ziel er bei der Neuregelung der höheren und mittleren Beamtenlaufbahn verfolgt. Die Aussagen für die Verspotteten ließen sich ohne Erfüllung der Staatsbedürfnisse. Es muß hier festgestellt werden, daß bei der Besetzung der Stellen in der Postverwaltung die Sozialliberalen genau so wie die Rechte und das Zentrum mit Rücksicht auf das ganz entsetzliche Unannehmbar der Regierung umgegangen sind. Deshalb war der Angriff des Abg. Stresemann auf die Rechte ganz unangebracht. Die sozialdemokratische Resolution ist, das wissen die Unterbeamten bloß Sand in die Augen streuen und sich als ihre Helfer hinstellen. Wir können nicht wieder eine allgemeine Erhöhung der Gehälter der unteren Beamten vornehmen. Die übrigen Kreise der Bevölkerung würden sich dagegen empören. Die Resolution der Fortschrittspartei unterstützen wir nach Kräften. Die Postbeamtenbewegung muß wieder in ruhige Bahnen gelenkt werden. Trotz der Verheißung der Sozialdemokraten wird das gute Verhältnis zwischen der Beamtenenschaft und der Verwaltung fortbauern.

Abg. Brand (Ksp.): vertritt nur leeren Haufe die Wünsche der mittleren und unteren Beamten.

Abg. Zubeil (Soz.): Ich muß alle Kamellen vortragen: die schlechte Stellung und Behandlung der Unterbeamten. Die oberen Beamten sind nicht befristet, die unteren überlastet. Der Redner spricht in diesem Sinne über die neue Dienstverteilung für die Unterbeamten. Die Hoffnungen der Unterbeamten sind in seiner Weise in Erfüllung gegangen, Dank der Sparmaßnahmen. Der Redner bringt Beschwerden von Unterbeamten vor und wirft einigen Beamten vor, sie hätten ein Verbrechen begangen, in dem sie unter Verletzung des Dienstgeheimnisses ein Telegramm an eine sozialdemokratische Dienststelle geschickt hätten.

Staatssekretär Krawitz: Ich will nicht gegen die Liebhaber des Vorredners sprechen, ich bin alljährlich für die Postunterbeamten eingestanden. Aber ich lege Verwarnung dagegen ein, daß die Unterbeamten in Anspruch der Interessen gewahrt haben. Der Vertreter der Postunterbeamten bin ich, und ich weiß, daß sie die Rettung durch Herrn Zubeil nicht wünschen (Beifall rechts, Lärm bei den Soz.). Ich lege Verwarnung ein gegen die nachlässigen Unterbeamten, die den Vorredner, der den Beamten aus Verbrechen zur Last gelegt hat. Es ist nicht fair, hier öffentlich die Beamten eines Verbrechens zu zeihen, ohne zu wissen, ob ein solches Verbrechen vorgefallen ist. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär Bernhart: Ich bedaure, daß jetzt wieder an dem Besetzungsgesetz gearbeitet wird. Diese neuen Wünsche nach Gehaltserhöhungen dienen weder dem Interesse der Beamtenenschaft, noch dem der übrigen Bevölkerung. Wenn wir wieder anfangen, die Besetzungsgesetze aufzulösen, so wird wieder der Wettbewerb auf der ganzen Linie entsetzlich werden, auch dort, wo die Beamten ganz zufrieden sind, Unruhe und Unzufriedenheit würden von neuem erzeugt werden. Die Bundesstaaten würden in die lächerliche Lage kommen. Das wäre auch ein Unrecht gegenüber den übrigen Bevölkerungsteilen, die so schwere Opfer gebracht haben. Erreut bin ich, daß gerade von der Linken die glückliche Entwidlung der Finanzen anerkannt worden ist. (Hört! Hört! rechts.) Willentlich ist diese Erkenntnis der Beginn zu einer Ueberbürdung der Linken, die die Finanzreform durchsetzen hat. (Hört! Hört!) Vorläufig müssen wir aber noch Beschlüsse anstellen und das Ergebnis des Beschlusses abwarten. Aber selbst bei glänzendster Entwicklung müßte sich das Volk bei weiteren Gehaltserhöhungen auf neue Steuern gesetzt machen. (Hört! Hört!) Ich erkläre unumwunden, daß die verbündeten Regierungen für eine Verringerung des Besetzungsgesetzes überhaupt nicht zu haben sein werden. (Hört! Hört! und Beifall.)

Abg. Freilich von Camp (Ksp.): Die Besetzungsfrage muß doch endlich für eine Reihe von Jahren erledigt sein. Uebrigens liegen die Dinge jetzt nicht mehr so schlimm: Das Getreide ist billiger geworden, die Mehlen sind zurückgegangen (Woh! Woh!) Jüdisch muß doch die schauerliche Mißwirtschaft im Postwesen befristet werden. Der Redner spricht dann gegen den Abgeordneten Zubeil, dessen Ausführungen er eine deplorierte Wiederholung nennt. Auch die geistigen Angriffe des nationalliberalen Redners gegen die Rechte weiß er als unqualifizierbar zurück.

Abg. Dr. Struwe (Wp.): In weiten Kreisen der Unterbeamten herrscht entsetzliche Not. Gerade die Unterbeamten sind bei der Besetzungsausschreibung und beim Wohnungsgelbstausgleich selbst sehr schlecht wegkommen. Gerade in den letzten großen Städten sind die nicht eintätigen, angetrauten Beamten verhältnismäßig am zahlreichsten. In ärmlichen Kreisen herrscht große Mißwirtschaft darüber, daß die Vornormierung nur die Rechte über Verwaltungen anerkennt, nicht die der Rechte, die das Vertrauen der Beamten genießen. Die Ämterstellen bleiben zettelweise Ämterstellen. Man sollte doch Verbesserungen einrichten, vielleicht als Betriebsstellen. Daß die Oberpostämter, die 800 Post Ämter

nicht erhalten, haben sie dem Zentrum zu verdanken, das ihnen im vorigen Jahr als Oppositionspartei das Volk vom Himmel versprochen hat, aber jetzt Regierungspartei ist. Man sollte nach dem Willen anderer Staaten eine paritätische Kommission von Vertretern der Verwaltung und der Beamtenenschaft bilden. Dann bräuchten die Beamten nicht immerfort zu petitionieren. Die neue Dienstordnung unterliegt den Organisationen jede Stellungnahme gegen die Verwaltung: Ja, wie bemerkt sich da der Staatssekretär die politische Betätigung der Beamten.

Staatssekretär Krawitz: Die Ausführungen des Vorredners erinnern mich lebhaft an gewisse Artikel in der Saarpresse, in denen gegen das Gesetz gesagt worden ist. Er behauptet, er wolle zwar Friedenheit in der Beamtenenschaft erzielen. Redner Herr, auf diese Weise nicht! Solche Reden müssen verpöndet werden. (Beifall rechts.) Kann das Zutriebsrecht erwidert, wenn Sie fortwährend behaupten, der Staatssekretär tue nichts für seine Beamten? Ich bin nur in der Kommission hängen aufgetreten, daß behauptet wurde, die Beamten hätten ein erträgliches Gehalt. Dabei sind ihre Wünsche vor 1907 weit zurückgeblieben hinter dem, was sie durch die Besetzungsreform erhielten. „Daviel Beamte haben wir auch nicht. Der Verzicht geht über uns hinweg und zwingt uns, neue Kräfte anzustellen. Wenn die Karriere so schlecht wäre, dann würden doch gerade nicht unsere Postbeamten immer verbleiben, ihre Kinder bei uns unterzubringen, sie müßten ja sonst Lebenswörter sein. Die Verhältnisse im Auslande kennt Herr Struwe nicht. Dann, wenn man an die letzten Postämter in Frankreich denkt, dann können wir doch nur sagen: der Herr Redner wäre nur solchen schönen Einrichtungen. Der Staatssekretär wiederholt dann seine vorjährige Erklärung, daß sich das weitaus Personal für den Fernpostdienst besonders eigne.

Abg. Lehmann (Wiesbaden, Soz.): Wegen der Steuerkränze des schwarzen Bocks muß die Post Ueberflüssigkeit machen und für die Beamten bleibt nichts übrig. Die Konserwatoren sprechen von Wählergang. Sie scheinen sich auf andere zu schließen. Die Tarifvertragsresolution entbehrt Herr Böttmann sich nicht, Anfin zu nennen. Eine beim Marineetat angenommene Resolution! Wo bleibt der Ordnungsruf des Präsidenten.

Abg. Giesberts (Zit.) erwidert auf die Angriffe gegen das Zentrum. Der Redner beantragt eine Resolution zugunsten der älteren Post- und Fernpostbeamten. Ferner soll jeder Unterbeamte, ausgenommen die Landpostbeamten, nach zehnjähriger Dienstzeit eintätig angestellt werden.

Abg. Giesberts (Wp.) will in die eintätigige Anstellung nach spätestens zehnjähriger Dienstzeit auch die Telegraphenarbeiter einbeziehen.

Abg. Dr. Struwe (Wp.): Gegen die Festigkeit der Antwort des Staatssekretärs lege ich Verwarnung ein. Es ist die Sprache eines Mannes, der weiß, daß er unrecht hat. Die Zufriedenheit der Beamten wird wachsen, Herr Staatssekretär, wenn Sie statt einem Abgeordneten unendlich zu antworten, die Beschwerden prüfen und nach Möglichkeit abstellen.

Staatssekretär Krawitz erhebt Bedenken gegen die Fassung der Resolution Giesberts.

Damit schließt die Aussprache. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bemittelt.

Freitag 1 Uhr: Rest des Postetats, falls erforderlich, Abendung, auf Antrag Böttmann (nl.) namentliche Abstimmung über die Zulage der Oberpostbeamten.

Schluß 8 Uhr.

# Deutsches Reich.

## Die Londoner Kaiserreise.

(Wiedung unseres Berliner K-Korrespondenten.)

Die Reise des Kaisers nach London anlässlich der Enthüllung des Denkmals der Königin Viktoria und der Besuch beim englischen König wird, wie dies der Anlaß bedingt, seinen durchaus privaten Charakter tragen und dieser wird auch während des ganzen Aufenthaltes des Kaisers in London gewahrt bleiben. Die Meldung der „Wiener Allg. Corr.“, daß der Reichskanzler oder der Staatssekretär des Auswärtigen der Kaiser nach London begleitet wird und es bei dieser Gelegenheit hinsichtlich einer Verständigung zwischen Deutschland und England zu wichtigen Besprechungen kommen wird, behauptet, wie mir ein amtlicher Stelle mitgeteilt wird, auf willkürlicher Erfindung.

## Zur Aufnahme der Minderjährigen in die Fremdenlegion.

HTB. Der Zustand, daß die französische Regierung sich geweigert hat, junge Leute unter 18 Jahren, die sich in die Fremdenlegion aufnehmen lassen, auf Antrag auswärtiger Staaten wieder herauszugeben, hat tatsächlich in Berlin den Berliner amtlichen Stelle ist, wie dem „Städtischen Telegraphen-Bureau“ berichtet wird, bisher seitens Frankreichs noch keine Mitteilung zugegangen, wonach der Erlass von 1910 über den Eintritt von Minderjährigen in die Fremdenlegion vom französischen Ministerrat wieder aufgehoben worden ist. Eine Absicht, die ganze Angelegenheit seitens der deutschen Regierung vor den Haager Schiedsgerichtshof zu bringen, hat, wie weiter mitgeteilt wird, niemals bestanden.

Das „Pariser Journal“ ist überglücklich. Es hat nach langem Suchen in Paris drei frühere Legionäre aufgefunden, die dort in geachteten Stellungen in Paris leben.

Einer wird nicht genannt. Er war in Deutschland Unteroffizier, hatte eine Disziplin begehren, entzog sich der Befragung durch Flucht und trat in die Legion ein, die ihn wieder zum ordentlichen Menschen gemacht hat. Der Dienst ist schwer, aber eine Schule der Häßlichkeit. Die anderen beiden Zeugnisse sind durch Namen der Nachprüfung freigegeben: Johann Fingler, am 7. Januar 1877 in Arnheim, Bezirk Karstbad, geboren, war Student der Theologie, ließ sich mit 18 Jahren zur Legion engagieren, war Unteroffizier im ersten und zweiten Regiment der Legion, diente später in der Linie und bei den Kolonialtruppen. Er hat neunzehn Feldzüge mitgemacht, zweimal hat er in Madagascar, wiederholt in Afrika, Kambodja und Siam in der Feuer gestanden. Er sagte, er liebe die Legion, obwohl der Dienst zuweilen schwer sei. Im fälischen Alter habe ich einmal länger als zwölf Monate das Bett nicht gesehen. Ich erkläre, nachdem ich auch in anderen Truppendiensten gedient habe, daß mir nichts der Mann so gut bekommen wird wie in der Legion, und daß die Disziplin streng, aber zugleich väterlich ist. Ich würde bei meiner Ehre als alter Soldat,

daß ich während zweier Jahre, die ich als Unteroffizier bei der Strafkompanie zubradete, niemals gesehen habe, daß ein Vorgesetzter die Hand gegen einen Soldaten habe, hob, und daß gibt es hier die widerspenstigen Kurden der ganzen Welt. Das letzte Zeugnis kommt von Julio Steinert, geboren am 20. Oktober 1874 in Berlin. Oberstein. Er hat in Deutschland als Freiwilliger bei der Artillerie gedient, ist vierzehn Tage vor Ablauf der Dienstzeit aus privaten Gründen desertiert und 1895 in die Legion eingetreten. Er war in Tonkin, wurde bei Malakoff bei Maroffo verwundet, erhielt die Medaille militärische und die Kolonialmedaille. Er sagte: Ich kann die Wahrheit über die Klugheit des Sergeanten Fingler nur bestätigen, ich habe in der Legion keine schlechte Behandlung und keine Würdeverletzung gesehen, aber ich erkläre, daß von zehn Deserteurern, die aus Deutschland kommen, acht geflohen sind, weil sie im Dienst brutalisiert wurden.

Man kennt die Schaumfischlägerer der Pariser Presse zu Genüge; es lohnt also nicht, die vorstehenden Angaben auf ihren Wert zu prüfen. Der „Fall Weitzel“, der die Pariser Deputiertenkammer vor nicht allzu langer Zeit beschäftigt hat, hat eine Fülle authentischen Material über die gerade ungeheure Verhältnisse in der Fremdenlegion herbeigeführt. Daran werden auch die von dem „Pariser Journal“ entdeckten drei weißen Raben nichts ändern können.

## Geistliche Oberlehrer.

# Im Zusammenhang mit der eben vom preussischen Ministerpräsidenten verkündeten Maßnahme, von jetzt ab keine geistlichen, mit der Felle des Antimodernistens besetzten Oberlehrer neu im Preussenterritorium, Deutsch und Geschichte, zu verwenden, ist eine Statistik sehr interessant, welche Zahlen über den bisherigen Umfang dieser Verwendung beibringt. Die „Magdeburger Zeitung“ hat an Hand des Runge-Ratens diese Zahlen vor kurzem zusammengestellt. Danach sind im ganzen im höheren Schuldienst Preußens 191 katholische Geistliche tätig, von denen 187 die Lehrbefähigung auch in anderen Fächern als in Religion besitzen und dementsprechend beschäftigt werden können. Wenn man auch die katholischen Nichttheologen, welche die Lehrbefähigung in Religion besitzen und die, falls sie diesen Unterricht erteilen, zur Ableistung des Antimodernistens ebenfalls gezeugen sind, einbezieht, so erhöht sich die Zahl der auf die antimodernistische Schulform verpflichteten höheren Lehrer an preussischen Unterrichtsanstalten auf 244. Es handelt sich dabei um 81 Präzeptoren, 159 Oberlehrer und 4 Direktoren. Die Verwendung dieser Herren im Preussenterritorium ist durch die ausbrüchlichen Erklärung des Herrn v. Bethmann Hollweg unangelehnt, aber die Zahl 244 ist auf den Ausländerbesatz gesetzt.

Der Reichsgesundheitsrat wird am 14. d. M. unter dem Vorsitz des Präsidenten des kaiserlichen Gesundheitsamtes, Geheimen Oberregierungsrats Dr. Bumm, zusammenzutreten, um über die Maßnahmen der Reichsregierung bezüglich der Teilnahme an der Eröffnung und Befestigung der Fest in China zu beraten.

L. C. In dem Gesetzentwurf über die Errichtung und den Besuch von Pflichtfortbildungsschulen befindet sich als § 12 folgende Bestimmung: „Für die Verwaltung der Fortbildungsschulen sind Schulvorstände zu ernennen, welche aus ernannten und gewählten Mitgliedern bestehen. Die gewählten Mitglieder gehören der Bekämpfung durch die Justizbehörden.“ Hierzu teilt man uns von parlamentarischer Seite mit:

Nach den bisherigen Erfahrungen, die mit dem Schulhaltungsgesetz von 1906 gemacht worden sind, kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Regierung allen etwa gewählten Sozialdemokraten die Bekämpfung als Mitglied des Schulvorstandes der Fortbildungsschulen verweigern werde, unter Umständen auch anderen „verdächtigen“ Personen (man denke dabei an Leute wie den Grafen Katuska-Schöneberg usw.). Es wäre dies im Interesse der geistlichen Entwicklung des Fortbildungsschulwesens entschieden schädlich zu bewahren. Dieser haben die sozialistischen Vertreter in den Fortbildungsschulkommissionen sich durchaus bewährt. Die vorgeschlagene gesetzliche Bestimmung wäre nur zu sehr geeignet, das Vertrauen zu den neuen Pflichtfortbildungsschulen in den beteiligten Kreisen, insbesondere in den Schichten der sozialistisch geneigten Arbeiterklasse, aufs schwerste zu schädigen. Es steht daher zu hoffen, daß es der Beratung des Gesetzes im Abgeordnetensause gelingen werde, diese überflüssige und bedenkliche Bestimmung zu beseitigen. Es liegt umso weniger Veranlassung vor, die erwähnte Bestimmung aus dem Schulhaltungsgesetz auf das Fortbildungsschulgesetz zu übertragen, als das letztere doch in erster Linie dazu berufen ist, die jungen Leute in ihrem Beruf heimlich und tüchtig zu machen, die jungen Leute zu erziehen, soll nach der Vorlage nicht erteilt werden. Es liegt also tatsächlich selbst vom Standpunkt der Rechtsparteien aus kein Grund vor, den Vertretern der Sozialdemokratie den Eintritt in jene Kommissionen zu verweigern. Nichts wäre verkehrter, als den erhablichen Fortschritt der Ausbeutung des Pflichtfortbildungsschulwesens zu verquiden mit einer neuen Usurpation der Rechte gegen sozialdemokratisch geneigte Leute. Das würde nur verdrängen und neues Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie liefern, anstatt befähigte Anhänger dieser Partei für den Dienst der Allgemeinheit heranzubilden.

Der Entwurf für die Ausführungsbestimmungen zum Wertungsaufsteuergesetz ist in der vergangenen Woche im Reichsschatzamt nach eingehenden Beratungen vom Abstauf gebracht. Er ist infolgedessen bereits dem Bundesrat zur Beschlußfassung überwiesen. An den Konferenzen im Reichsschatzamt waren beteiligt Vertreter der zuständigen Ressorts, ferner die Oberbürgermeister einer Reihe von Großstädten und Vertreter verschiedener Gewerbetreibender. Von Seiten der Vertreter derjenigen Gemeinden, in denen die Wertungsaufsteuern schon länger in Geltung sind, wurde eine Reihe wertvoller Anregungen gegeben, die für die Ausführungsbestimmungen in weitgehendem Umfang vermerkt sind. Es wird Sorge getragen, daß die Ausführungsbestimmungen so rechtzeitig fertiggestellt werden, daß vom 1. April ab die Ueberleitung in den neuen Zustand sich ohne Schwierigkeiten vollzieht. Die Öffentlichkeit wird rechtzeitig und in ausführlicher Weise über alle Einzelheiten unterrichtet werden.

Jum Fall Katho wird der „Woll. Ag.“ aus Köln berichtet, daß eine Entscheidung des Obertribunales vorläufig noch nicht zu erwarten steht, da die Antwort des kaiserlichen Pressbüros am den Obertribunal erst vor drei Tagen



abgegangen ist. Für Jafth wurden etwa 8000 Inter-  
schriften gesammelt.

### Parlamentarisches.

#### Das Verzetkompromiß angenommen.

— Berlin, 10. März.

Die Reichsverzetzungscommission nahm gestern das Verzetkompromiß in der bereits mitgetheilten Fassung an, ergänzte es jedoch durch die vom Centrum beantragte Be-  
stimmung, daß, wenn der Verzetliche die Wahlkreise  
selbst zu bestimmen, ihm die Auswahl unter den von  
sich selbst bestellten Verzetten freistehet, während im  
übrigen die Klasse ihren Mitgliedern nur die Auswahl zwi-  
schen mindestens zwei Verzetten freistellen soll und auch  
dann nur, wenn es die Klasse nicht erheblich mehr belästigt.  
Die einleitende Bestimmung der Kompromißvorlage, wo-  
nach die jetzt gestrichene Regelung nur ein Provisio-  
rium bedeuten soll, wurde gestrichen. Man hielt sie für  
überflüssig, weil sich ja aus der Praxis ergeben wird,  
ob sich die Bestimmungen bewähren oder nicht; in diesem  
Falle würde man dann eben ein neues Gesetz machen.

Gestern begann die Kommission die Verhandlung über  
den ebenfalls schon mitgetheilten Abriß der Kompromiß-  
vorlage, die sich auf den Verhältnis der Pharmakopöen  
zu den Apothekern und Drogerien bezieht. Hier hat die  
Pharmakopöen-Vereinigung am Kompromiß nicht mitgewirkt.  
Die Beratung über diese Fragen wurde noch nicht abge-  
schlossen.

### Parteinachrichten.

§ Herr Abg. Delius sprach am verflohenen Sonnabend  
abend in einer Vermählung des Gothaer fortgeschrit-  
tlichen Volksvereins über das aktuelle Thema „Mittelstands-  
frage“ und erntete einmütigen Beifall. — Am folgenden  
Tag leitete Abg. Delius einer Einladung des Vereins der  
fortgeschrittenen Volkspartei Frankfurt a. M. Folge; er  
hielt dort einen Vortrag über „Modernes Beamten- und  
Staatsverhältnis“. Trotz dem in den Straßen der Karne-  
valstraße tobte, war der große Völkervortrag bis auf  
den letzten Platz gefüllt. Redner erntete harmlosen Beifall.  
Ein Sozialdemokrat, der in der Mitte saß, der als  
Gegner auftrat, fand bei der Beifallstürme kein Ver-  
ständnis und wurde vom Vortragenden entsprechend ab-  
gefeuert. Der Erfolg der beiden Vorträge war eine Stär-  
kung der drüßigen Organisationen.

### Hot- und Personalnachrichten.

§ Zur Erhaltung des Prinzen Waldert meldet ein Tele-  
gramm aus Kiel: Die Kaiserin fuhr Donnerstag vormittag um  
10 Uhr im Hofwagen vom königlichen Schloß nach der Villa des  
Prinzen Waldert. Der Kaiser wollte ursprünglich auf dem  
Waldwege von der Barbarastrasse aus fahren, da aber her-  
liches Wetter herrschte, sog der Monarch es vor, um 10 1/2 Uhr  
zu Fuß durch die Düstermoor Allee nach der Villa zu gehen.  
Seine Heiligkeit begleitete ihn dorthin. Der Kaiserparade  
eine Stunde am Kranenbrett des Prinzen. Hierauf fuhr der  
Kaiser mit dem Prinzen Heinrich in dessen Salonwagen nach  
den Waldstufen, nahm von der Villa aus das im Bau befind-  
liche Einheitsloft „Belagard“ in Augenschein und begab sich dann  
nach der Kaiserlichen Villa und von dort ins königliche Schloß  
zurück. Die Kaiserin machte unterdessen mit ihrer Hofdame eine  
Spazierfahrt durch Düstermoor nach Bellevue und von dort über  
den Strandweg zum Schloß zurück. — Ueber die Erhaltung des  
Prinzen Waldert werden noch keine Krankheitsberichte aus-  
gegeben.

§ Prinzregent Luitpold von Bayern hat aus Anlaß seines  
heute 90. Geburtstages seinen Urnen, den Prinzen  
Luitpold, zum Leutnant a la suite des ersten bayerischen  
Kürassierregiments Prinzregent Luitpold ernannt. Der seit  
28 jährige Prinz ist der Sohn des Prinzen Rupprecht  
von Bayern, des kommandierenden Generals des ersten bayerischen  
Kürassiers, und der Prinzessin Marie Gabriele. — Aus dem  
gleichen Anlaß hat der Prinzregent dem Erbprinzen Ferdinand  
von Bourbon, Herzog von Kalabrien, zum Inhaber des sechsten  
bayerischen Kürassierregiments ernannt und diesem Regiment  
den Namen des Prinzen verliehen. Der 41jährige Erbprinz be-  
trug einem Alt der königlichen Linie des Hauses Spanien an und ist  
seit 1897 mit der Prinzessin Maria von Bayern, einer  
Enkelin des Prinzregenten, verheiratet.

### Die kommende Reichstagswahl.

Im Wahlkreise Erfurt-Schweinfungen-Geheuland, wo  
Prof. Sudsland wiederholt kandidierte und auch diesmal  
aufgestellt werden sollte, ist Rechtsanwalt Dr. Ludwig  
Berlin, als Kandidat der Rechtsparteien kürzlich  
nominiert worden. (Nach dem verunglückten Debüt des  
Herrn Sudsland, über welches wir neulich ausführlich be-  
richteten, hatten die Erfurter Konserwativen anscheinend  
keine Lust mehr, Herrn Sudsland auf den Schild zu er-  
heben. Die Erfurter liberalen Kreise bedauern dies, weil  
ihnen dadurch manche Kasse gegen die Konserwativen ver-  
loren geht, die ihnen Prof. Sudsland unfreiwillig gelie-  
fert hat.)

### Ausland.

#### Die mexikanischen Wirren.

\* Aus New York wird gemeldet:  
In den amerikanischen Blättern, besonders in der  
„New York Press“, herrscht eine ansehnliche künstliche Auf-  
regung, wie in den Tagen vor dem Kriege mit Spanien.  
Von den Regierungen Mexikos und der Vereinigten Staaten  
werden andererseits alle möglichen Verfüße zur Bewäh-  
rung der öffentlichen Meinung gemacht.  
In New York laufen noch immer widerspre-  
chende Gerüchte über den Gesundheitszustand Porfirio  
Diaz um, der auch diesmal tot gesagt wird. Die Mobilis-  
ierung der Truppen ist sechsendreißig Stunden nach der  
Anordnung Gattam in G. G. Das Kriegsministerium ist  
über das prompte Funktionieren des gesamten Apparates  
vollfriedigt. 8000 Militärs sind eingeladen worden,  
nach San Antonio zur Beteiligung an den Operationen zu  
kommen. In Washington wird die Möglichkeit einer Inter-  
vention in Mexiko gegeben, es könne sich jedoch nur um  
eine kurz dauernde Besetzung handeln, wenn eine

solche überhaupt notwendig werden sollte. Die Regierung  
segnet die Idee einer Annexión. Hingegen ist die  
Union entschlossen, die Wüste gemisser Revolutionäre,  
Mexiko und andere zentralamerikanische Repu-  
blik in einer Konföderation zu vereinigen, wegen der Be-  
drohung der Interessen der Vereinigten Staaten, besonders  
in Panama, nicht zu dulden. Die flücht amerikanischen  
Familien aus Mexiko fällt an, da die angeordnete Abföhne-  
nung der Bahn bei Vorebe durch die Injuranten die Flo-  
rierung des Landes bedeuten würde.

An Berliner amtlicher Stelle liegen, wie das Hirschfelds  
Telegraphen-Bureau erzählt, noch feinerlei Nach-  
richten vor, die die Zustände in Mexiko bedrohlich  
erscheinen lassen. Sollten bei der deutschen Regierung Mel-  
dungen eintreffen, die die Interessen deutscher Staats-  
angehöriger als bedroht erscheinen lassen, so würde  
Deutschland unbedingt sofort selbst diejenige  
Maßregeln ergreifen, die zum Schutze der deutschen  
Landsleute in Mexiko geboten erscheinen.

#### Einseitige Zollabfertigung.

Die französische Regierung hat beim Schweizer Bundesrat an-  
geregt, die Initiative für die Einberufung einer internationalen  
Konferenz zu ergreifen, auf der eine einseitige Zollabfertigung  
auf den internationalen Bahnhöfen angetrebt werden soll, und  
an die an Frankreich und an die Schweiz angrenzenden Staaten,  
Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Italien, Spanien, Belgien und  
Luzern, eine diesbezügliche Einladung zu richten. Der Bundes-  
rat hat beschlossen, bei den erwähnten Regierungen anzufragen,  
ob sie geneigt wären, sich an einer internationalen Konferenz zu  
beteiligen.

### Kasse und Umgebung.

Salle a. S. 10. März.

#### Beleuchtung von Arbeiterwohnhäusern

durch die Landes-Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.

Amlich wird uns mitgeteilt: Die Landes-Versicherungs-  
anstalt gibt Darlehen zum Bau von Arbeiterhäusern bis zu  
60 Prozent des Gebäude- und Bodenwerts und zwar: a) an Ver-  
sicherte, d. h. Arbeiter, die regelmäßig Beitragsmarken Sachsen-  
Anhalt vermelden zum Bau von Einz- und Zweifamilienhäusern,  
aber nur bis zum Höchstbetrage von 6000 Mark; b) an Arbeit-  
geber, die Wohnungen für ihre eigenen Arbeiter bauen, und an  
gemeinnützige Bauvereinigungen auch über 6000 Mark.  
Der Zinssatz beträgt 3 1/2 Prozent, für Arbeiter auch 3 1/2  
Prozent, die Tilgung 1 Prozent. Das Darlehen ist kann in 43 1/2  
Jahren zurückgezahlt. Eine schnellere Tilgung ist zulässig.  
Zurückzahlungsanträge sind vor Beginn des Baues bei der  
Landes-Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in Merseburg unter  
Einleitung der Bauleitungen des Bauherrn, der Baupläne  
und des Kostenanschlages zu stellen. Pläne, die in praktischer  
und künstlerischer Hinsicht nicht einwandfrei sind, werden vor  
einer Ueberarbeitung unterzogen. Häuser, deren Bau bereits be-  
gonnen, oder die bereits fertig sind, werden nicht belien.  
Besonders vorteilhaft ist die Errichtung von Arbeiterren-  
gierungen. Die Beleuchtung erfolgt bis zu 75 Prozent des Gebäude-  
und Bodenwerts, wenn der Kreis oder die Gemeinde die Müg-  
lichkeit für den darüber hinausgehenden Teil übernimmt, sogar bis  
zu 90 Prozent, aber nicht über 6000 Mark. Anträge sind an die  
Königliche General-Kommission zu Merseburg oder die Spezial-  
Kommissionen zu Stendal, Halle und Magdeburg i. Th. zu  
richten.

Die übrigen Darlehensbedingungen sind zu erfahren bei der  
Landes-Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt zu Merseburg, deren  
Kontrollbeamten zu Halle und dem Magistrat zu Halle.

#### Marine-Stiftung „Frauengabe“.

Schon mehrfach ist auf die „Marine-Stiftung Frauengabe  
Berlin-Charlottenburg“ hingewiesen worden, die ihre Entstehung der  
Zeit verdankt, wo für die Einheit des Vaterlandes begeisterte  
deutsche Frauen und Jungfrauen zum Bau eines Kriegsschiffes  
der deutschen Flotte Gaben sammelten! Das von ihren Gaben  
erbaute Schiff „Frauengabe“ wurde sehr bald ein Raub der  
Wellen, aber der Rest ihrer Gaben wurde vermandt zu jener  
Stiftung zum Besten verunglückter und sonst in Not geratener  
Angehöriger der deutschen Marine, die noch heute besteht.  
Als sich nach der Gründung des Norddeutschen Bundes der  
Deutsche Nationalverein aufstellte, wurden auch die von ihm  
gesammelten Flottergelder von seinem Vorsitzenden, Rudolf von  
Bennigsen, der Stiftung überwiesen. Das Kapital beträgt  
jetzt rund eine Million Mark. Sein Anwaschen ist haupt-  
sächlich durch freiwillige Zuwendungen, bei denen der Kaiser her-  
vorragenden Anteil genommen hat, ermöglicht worden.

Außerdem sind in den Jahren 1906 und 1907 mehrere  
Nebenstiftungen, so die „Deutsche Marine-Stiftung 1878“, die  
„Augusta-Stiftung“, die „China“, die „Gneisenau“, „Jütis“  
und „Brandenburg-Stiftung“, die bisher getrennt verwal-  
tet wurden, mit der Hauptstiftung vereinigt worden. Trotz dieser  
und noch mancher anderen Zuwendungen reichen bei dem  
rapiden Anwaschen anderer Flotte die Zinsen des Kapitalstocks  
der Stiftung bei weitem nicht aus, um die Aufgabe der Stif-  
tung auch nur entfernt zu erfüllen. Diese Aufgaben bestehen  
außer den von den Nebenstiftungen übernommenen Verbindlich-  
keiten z. B. darin, für die Hinterbliebenen der in Südwest-  
afrika gefallenen oder infolge der Expedition gestorbenen  
Marineangehörigen und für die inwaldden Krüger dieses  
Reichsges zu sorgen; das nämliche ist mit den durch die kriege-  
rischen Vermittlungen in Benesuela und in Deutsch-Ostafrika  
Geschädigten der Fall.

Auch die Kriegsinvaliden und die Hinterbliebenen der  
anlaßlich der Expedition nach Ostafrika im Jahre 1900/1901  
gefallenen oder gestorbenen Marineangehörigen sind zum Teil  
auf die Mittel der Frauengabe-Stiftung angewiesen, weil der  
amtliche Chinafonds nur geringe Mittel für diese Zwecke aus-  
weist. Es ist hierbei insbesondere zu berücksichtigen, daß die  
bisher den Chinkriegern und ihren Hinterbliebenen aus pri-  
vaten Sammlungen zugewendeten Beträge bereits stark ver-  
braucht sind und daß in kurzer Zeit die Sorge für diese Per-  
sonenklassen ausschließlich der Marine-Stiftung „Frauengabe“  
obliegen wird. Die Unterstützungsberechtigten sind Angehörige  
aller Arten von Beruf und wohnen in Nord- und Süd-  
deutschland. Angehörige der Marine, die den Marinebesitz  
als Lebensberuf gewählt haben, sind bisher nur in einer ge-  
ringen Zahl von Fällen durch die Stiftung unterstützt worden,  
weil für Offiziere, Bedienstete, verheiratete Unteroffiziere

und Beamte amtliche Fonds vorhanden sind, die im allge-  
meinen ausreichen. Von den im Jahre 1900 leitenden der Stif-  
tung gesammelten Summen im Betrage von 49 000 Mark betrug  
8000 Mark, das ist noch nicht ein Sechstel des Gesamtbetrages  
für derzeitige Angehörige der Kaiserlichen Marine verwendet  
worden. Auch die Pensionäre sind nur mit 6000 Mark, das  
ist etwa ein Viertel der Summe von 49 000 Mark, bedacht  
worden.

In der Hauptsache werden die Hinterbliebenen verfor-  
teter oder verunglückter Marineangehöriger aus Mitteln der  
Stiftung unterstützt; von 49 000 Mark Unterhaltungen ent-  
fielen im Jahre 1909 auf sie allein 35 000 Mark. Daß bei  
der Marine ein besonderer Verdrauß der Kräfte durch den an-  
gehenden Dienst herbeigeführt wird, bedarf wohl kaum der  
Erwähnung. Die Gefahren des Marinebesitzes: schädliche  
Einflüsse des Klimas, Tropenkrankheiten, Kanten von Booten,  
Ueberbordfallen, Schiffbruch, Explosion von Kesseln, Dampf-  
rohren, Geschossen und dergl. erhöhen die Zahl der Todesfälle  
und damit auch die Zahl der unterstützungsbedürftigen Hinter-  
bliebenen in weit größerem Maße, als bei der Armee und bei  
jeder anderen Verwalterung. Die Stiftung hat es daher von  
jeher als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, den Witwen und  
Waisen dieser meist plözlich im Dienste des Vaterlandes aus  
dem Leben geschiedenen Personen in möglichst ausreichendem  
Maße beizuhelfen. Auch diese Eltern, deren Söhne bei einem  
Unfallsfall ihr Leben einbüßten, geraten durch den Verlust  
in einen höchstbedrückten Zustand, der ihnen zu einem  
Anlaß des höchsten Wohlens der Stiftung unter dem Pro-  
tektorat der Kronprinzessin ein Jubiläumskomitee gebildet,  
das diese Aufgabe übernehmen soll. So hat sich auch hier  
ein Provinzialkomitee gebildet, an dessen Spitze der  
Oberpräsident steht.

Das Komitee wendet sich um Gaben an die patriotischen  
Setzen unserer Mitbürger, die schon erst bei dem Unfall des  
Unterleobotes „U. 3“ von Mitleid und Bewunderung für  
unser „blauen Jungen“ bewegt worden sind.  
Gaben nimmt auch das Bankhaus S. F. Ledmann  
gern in Empfang.

#### I. Kommunalen Bezirksvereins.

In der gestrigen Sitzung des I. Kommunalen Bezirks-  
vereins erlartete der stellvertretende Vorsitzende über das letzte  
Wintervergnügen Bericht. Es wurde von verschiedenen Seiten  
als möglichen Beschäftigung. Dann wurde Klage geführt, daß  
die elektrischen Lampen zeitiger als 11 Uhr verlöschten. Es  
wäre doch besser, wenn sie länger brennen würden. Wenn  
eine um die andere ausföhlt, so gäbe es Stellen, die in tiefes  
Dunkel gehüllt sind. Diese Stellen sollen in nächster Sitzung  
genau angegeben werden, damit Remedur geschaffen wird.

Auch wurde über die schlechte Beschaffenheit  
des jetzigen Gases geklagt. Inflationäre und zackelte  
behalten, daß es an der Qualität liege, hauptsächlich an der  
Verteilung, denn es rufe viel mehr als früher.

Als dritter Punkt wurde das Projekt eines neuen  
Theaters, das immer noch schwebt, aber wahr-  
scheinlich nicht zur Ausführung komme, zur Sprache ge-  
bracht. Die Gebäude in der Schmeerstraße und am Trödel  
sind nach bis zum 1. Juli angekauft. Dabei kam die Bebauung  
des Trödels und Hallenbetriebs zur Sprache. Es wurde all-  
gemein behauptet, daß sich die Stadt nicht leisten könne, die  
entgegenkommen, das Bauertum billiger abzugeben.

Bei dem Punkte „Verkehrswege“ wurde Klage über  
schlechtes Pflaster hauptsächlich im Innern der Altstadt geführt.  
Es wurden genannt: Hohenberg, Al. Ulrich, Alkoholstraße und  
andere. Sinnfölich der Bepflanzungen der Troitroie durch  
Hunde bemerke man, daß Hundezüchterei nicht in den  
Mittelpunkt der Stadt gehört.

#### Der Storch.

(Der Auffach eines Sextanten.)

Aufgefordert, im Anlaß an die Befandlung des  
Storches etwas schriftlich „zu erzählen“, gibt der Sex-  
tante einer heiligen höheren Lehranstalt in offenerbarer  
Entstiftung über das auch ihm gelehrte Ammenmärchen vom  
Storch seinem Empfinden in folgendem wörtlich Ausdruck:

„Der Storch führt ein gutes Familienleben, im Winter  
zieht er von hier fort nach Aegypten, dort verzieht der Storch  
unter den Palmen und Pyramiden das deutsche Dorf nicht.  
Wenn die Sonne in Aegypten anfängt heiß zu scheinen, so  
zieht er von dort weg, da kommt er dann gerade Mitte März  
bei uns an. Wenn die Kinder ihn sehen, so singen sie kleine  
Lieder von ihm, so singen die Mädchen z. B.: Storch, Storch  
guter, bring mir n kleinen Bruder“, die Knaben jagen: Storch,  
Storch, bring mir n kleine Schwester“, aber alles ist eine  
schwarze Lüge. Seine Heimat ist Europa, seine Nahrung  
sind Frösche, welche er mit Appetit frißt, doch vor Freude,  
daß er einen recht feinen, biden Prosch hat, so frißt er ihn nicht  
gleich, sondern heißt ihn erst den Kopf ab, dann die Beine usw.  
Wenn er für kleine Jungen etwas zu frassen bringen soll, und  
er findet einen recht feinen Frösch, so frißt er ihn selber. Wenn  
er aber lauter hübsche Frösche findet, so frißt er sie alle alleine.  
Nun muß er zu Hause, oder, oh nun zankt Frau Adam  
Störcht, daß er so lange fortgeblieben ist, und nur ein m  
mitgebracht, so muß er als Strafe eine Stunde auf einem Bein  
sitzen.“

Gabelbergerischer Geographenverein „Halle-Not“. Es sei  
nochmals auf den kommenden Sonntag nachmittag stattfindenden  
Ausflug nach Lettin mit daran anschließendem Harren-  
fränkischen aufmerksam gemacht. Treffpunkt 3 Uhr an der  
Eisenbahn- und Reistraße. Die Angehörigen der Mitglieder sowie  
Ruhigenoffinnen und Ruhigenoffen aus anderen Vereinen sind  
herzlich willkommen.

Der Hallische Reitklub, von dem wir zurzeit über seine  
auf den Brandbergen usw. gerittenen Jagden berichten, hat  
es sich während dieser Zeit her angelegen sein lassen, sich in  
den Wintermonaten der Bahnrheiter zu widmen und ver-  
anstaltet am Sonnabend, den 11. d. M., nachmittags 5 Uhr sein  
diesjähriges Reiterfest in der Universitätsreitbahn in  
der Vorhalle.

Christliche Verein Junger Männer. Am nächsten Sonntag,  
abends 8 Uhr, wird Herr Dr. Stöckel (vom hiesigen Amt)  
einen Vortrag halten über das Thema: „Erfahrungen bei der  
Vollschätzung 1910“. Ferner ist eingeladen auf die am Mittwoch,  
den 16. abends 8 1/2 Uhr, stattfindende Milions-Verammlung;  
Herr Ministerial-Rath aus Tübingen wird zu sprechen über: „Miliions-  
arbeit in Bengalen.“ — Jeder junge Mann ist zu diesen Veran-  
staltungen eingeladen. Der Zutritt ist frei.

#### Unterhaltungsblatt.

Getern noch auf folgenden Rollen. Roman von Fritz  
Bodmer (Fort.). — Der Liebeszauber. Ein seltsame  
Geschichte von Adolf Star. — Der Kraftwagen als Fortschritts-  
mittel in Afrika. — Literatur.

# Gerichtsverhandlungen.

## Ein sensationeller Mordprozess.

Dito Knittelius vor den Geschworenen.

Der Angeklagte Knittelius unterläßt sich vor Beginn der Sitzung ungewohnen mit seinem Verteidiger A. H. Bore. Die schnelle Ermittlung des „Schwarzen Artur“ ist dem Spignamenverzeihsnis der Berliner Kriminalpolizei zu verdanken. Der „Schwarze Artur“ ist ein als Arbeiterleiter stammender Berliner Einbrecher. — Vorl.: Von Berlin ist der Beschuldigte etingetroffen, daß der Arbeiter Bore, alias

### „Schwarzer Artur“ nicht transportfähig

ist. Staatsanw. Rat Schütte: Ich lege vom Standpunkt der Anklage auf die Vernehmung des „Schwarzen Artur“ nicht den geringsten Wert mehr. Ritter wird ja zweifellos sagen, daß dieser Berliner „Schwarze Artur“ nicht der „Schwarze Artur“ ist, den er meint, und wenn ich ihm zehn „Schwarze Arturs“ vorführen würde, würde er immer sagen, das ist nicht der richtige. Das wäre eine Kette ohne Ende. Vielleicht geben aber die Geschworenen eine Erklärung ab, ob sie auf die Vernehmung des „Schwarzen Arturs“ solchen Wert legen. — Vorl.: Eine offizielle Beurteilung der Geschworenen kann ich jetzt nicht entgegennehmen, nur die persönliche Ansicht der einzelnen Geschworenen. — Ein Geschworener: Persönlich wäre es mir erwünscht, zu hören, ob der Berliner „Schwarze Artur“ der von Ritter bezeichnete „Schwarze Artur“ ist. Ritter hat uns ja eine Beschreibung des „Schwarzen Artur“ gegeben, und wir können dazu Vergleiche anstellen, ob er der richtige ist. — Vorl.: Dem möchte ich den Kriminalkommissar Weiland beauftragen, nach Berlin zu fahren und dort den „Schwarzen Artur“ zu fotografieren. Wir werden dann die Photographie Ritter vorlegen und ihn fragen, ob er mit diesem Manne zusammen den Einbruch in der Stich-Apotheke verübt hat. — Die definitive Entscheidung wird aufgehoben bis zum Eintreffen des Kriminalkommissars Krüger aus Berlin. — Die bereits gestern vernommene Zeugin Anna Fische ergänzt ihre Aussage dahin, daß sie, nachdem sie gestern fundenlang den Angeklagten beobachtet hat, in ihm mit aller Bestimmtheit den Mann wiedererkennt, der am 24. Okt. abends bei ihrer Mutter ein Zimmer gemietet hat. — Vorl.: Und diese Beobachtung haben Sie sich verschafft, nachdem Sie Gelegenheit hatten, den Angeklagten während der Vernehmung der Scheibschneiderin längere Zeit hindurch ungestört zu sehen? — Zeugin: Ja wohl. — Vorl.: Und Sie sind sich bewußt, daß von dieser Ihrer Aussage eventuell das Schicksal des Angeklagten abhängt? — Zeugin: Ja wohl.

Als nächster Zeuge erscheint der Artist Artur Danziger vom Circus Büsch in Berlin. Er hat den Angeklagten durch einen Affekten Brandt in Berlin kennen gelernt und hat ihm mehrfach Photographien über Jumele und auch unechte Brillantenstücke abgefragt. Er ist mit Knittelius wiederholt im Vorortekasse gewesen, dem Zentralfunkt der Jumelehändler, Jumelelieferer und Diamantenhändler aus ganz Deutschland und Holland.

# Provinzial-Nachrichten.

## Kücktritt des Landrats.

Wittenberg, 9. März. Landrat Freiherr v. Bodenhausen hat sich infolge seiner andauernden Krankheit verabschiedet, sein Nachfolger wird eingeweiht.

## Der Protest der Fleischer.

S. Jerbitz, 9. März. Die Bekanntgabe der billigen Fleischbezugsquellen macht den fleischigen Fleischermeistern Bedrüb. Wenigstens deutet nachstehendes Inerat darauf hin: Beschwerden. In unseren fleischigen Zeitungen wurden die antich ermittelten Fleischpreise veröffentlicht. Einzelne Fleischer haben Fleischpreise wurden nachhaft gemacht, welche unter den Durchschnittspreisen verkaufen. Wann werden nun die Verkaufspreise der anderen Gewerbetreibenden, als Kaufleute, Schnittwarenhändler, Bäcker, Schlosser, Tischler, Gärtner, Schuhmacher usw. antich ermitteln und bekannt gemacht werden? Denn was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Einige Fleischermeister.

G. Ammendorf, 9. März. (Aus der Geschichte der Heimat.) Das Thema „Die slavische Invasion, ein Beitrag zur Siebelzungs- und Saalfestigkeit“, wird am nächsten Sonnabend nachmittags 3 Uhr in einer gemeinsamen Sitzung der Lehrervereine Ammendorf, Landsberg und Halle-Land, Herr Lehrer Schröder aus Weesen behandeln.

(.) Ciesleben, 9. März. (Als Leiche) wurde heute früh gegen 8 Uhr in Cieslers Teich eine Frauensperson geborgen. Es handelt sich um eine Frau Koch, die bekanntlich in die mehrmals erwähnte Diebstahls-Angelegenheit verwickelt ist. Frau K. hatte gegen 6 Uhr ihre Wohnung verlassen.

\* Delitzsch, 9. März. (Die Stadtverordnetenversammlung) beschloß die Aufnahme einer Anleihe zu Straßen- und Kanalbauwecken um von 150 000 Mark bei der Stadtparlamente gegen Prozentige Verzinsung.

Alten-Lissa (Kreis Delitzsch), 9. März. (Tödlischer Suizid.) Der 72jährige Gutsbesitzer Göbe wurde auf dem Wege von Zwoschau nach Lissa von seinem Pferde so geschlagen, daß er an den erhaltenen Verletzungen gestorben ist.

Arlesberg, 9. März. (Eine nette Submissionsblüte) war bei der hier angelegten Vergebung der Herstellungsarbeiten zur Straße von hier nach Elgersburg, ca. 2060 Meter, zu verzeichnen. Im ganzen waren 12 Offerten abgegeben mit dem Mindestbetrag von 26 714,96 Mark und dem Höchstangebot von 54 873,33 M.

Mühlhausen i. Th., 9. März. (3u für mich) Auftritten) kam es hier vor und nach der Beerdigung der 16jährigen Adele Thon vor dem Hause ihrer Stiefmutter, der Witwe Thon. Eine erzregte Menge beschuldigte die Frau, daß sie ihre Stieftochter, die lungenkrank war, buchstäblich habe verhungern lassen. Die Anklagen wurden schließlich von einem Polizeiaufgebot zerstreut und das Haus abgeschlossen.

Zellerfeld, 8. März. (Aufhebung der Bergfaktorei.) Die seit vielen Jahrzehnten in unserer Bergstadt bestehende Agl. Bergfaktorei wird mit dem 1. April aufgehoben und an die Berginspektion Clausthal angeschlossen. Der Zweck der Bergfaktorei bestand im Ankauf aller Materialien der Oberharzger Werke, die dann zum Bezugspreises an die Werke abgegeben wurden. Durch bereits gefasste und noch bevorstehende Betriebsänderungen hat die Bergfaktorei sehr an Bedeutung eingebüßt.

Weimar, 8. März. (Bürgermeisterwahl) für den Posten des neu zu wählenden Oberbürgermeisters sind neben dem

zweiten Bürgermeister Dr. Donndorf, einem Sohn des Ehrenbürgers der Stadt Weimar, dem Bildhauer Donndorf in Stuttgart, Beigeordneter Conrad Holz, Elberfeld und Bürgermeister Voigt-Waldhausen i. S. in die engere Wahl gestellt worden.

Sondershausen, 9. März. (Zum Direktor der höheren Mädchen Schule) in Reudnitz ist der Seminarlehrer Kaufmann von hier gewählt worden.

Leipzig, 7. März. (Störung einer national-liberalen Versammlung durch Ultramontane.) In einer Versammlung des National-liberalen Vereins zu Leipzig sprach der frühere latholische Geistliche Dr. Engert über „Käpftliche Politik und deutsche Kultur“. Der Redner unterzog die bekannten Verordnungen und Handlungen des Papsttums aus jüngerer Zeit, die Bewegung gegen den Modernismus, die Forderung des Antimodernisierendes, die Affäre des Barons Mathies, die Demütigung des Prinzen Mar von Sachsen einer scharfen Kritik und forderte zum Schluß seiner Ausführungen die deutschen Regierungen auf, sich im Interesse einer einheitslichen Kultur und im Interesse der Freiheit der Forschung und Wissenschaft der immer sichtbar werdenden Uebermacht Roms zu widersetzen. Als eine in diesem Sinne erzielte Resolution der Versammlung vorgelegt wurde und man darüber die Debatte eröffnete, zeigte ein ununterbrochener Lärm, ein wildes Rufen und Schreien auf Seiten der anwesenden ultramontanen Mitglieder ein. Der Lärm wurde schließlich so stark, daß die Redner nicht mehr zu Worte kamen und der Leiter „wegen des organisierten Ständals, der eine Verhandlung unmöglich machte“, die Versammlung vorzeitig schloß.

# Kunst und Wissenschaft.

## Hochschulnachrichten.

Die amtliche Tätigkeit des Lektor publicus der französischen Sprache Gustav Monob, Assistent an romanischen Seminar der Universität Leipzig, ist vom 1. April 1911 ab auf ein weiteres Jahr verlängert worden. — Das Kultusministerium hat den außerordentlichen a. a. Prof. an der philosophischen Fakultät der Universität Leipzig Dr. phil. Paul Roewe vom 1. April 1911 ab zum ordentlichen a. a. Prof. der Mathematik ernannt.

Am Schluß des Wintersemesters haben sich noch vier neue Privatdozenten an der Berliner Universität habilitiert. Es sind Dr. Ernst Weiss in der philosophischen Fakultät, der sich für Geschichte habilitierte, Dr. Walter Sigmund, Assistenzarzt an der von Geh. Rat Wunm geleiteten Universitätsklinik für Frauenkrankheiten, Dr. Georg Brandt, Assistent an der Charité-Poliklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten, die Geheimrat Lesser untersteht, und Dr. Friedrich Rosenbach, wissenschaftlicher Assistent an der von Geh. Rat Hildebrand geleiteten Charitéklinik für Chirurgie.

## Disziplin an der Kieler Universität.

Aus Kiel schreibt man der „Post. Ztg.“: In diesem anlässlich der Uebergabe des Rektorats an den Geh. Medizinrat Prof. Dr. Fischer erlassenen Verwaltungsbericht über das vorläufige Universitätsjahr klagte der abtretende Rektor Prof. Dr. Martins über mangelnde Disziplin unter den Studierenden, wenn es sich dabei auch nur um die Ausbreitungen einzelner handle, die für die Gesamtheit nichts beweisen.

Bei einer Gesamtzahl der an der Kieler Universität Immatrikulierten von 1835 im Sommer- und 1475 im Winter-Semester mußte in 10 Fällen mit schweren disziplinarischen Strafen vom akademischen Senat vorgegangen werden. Auch wurde eine Korporation wegen des Verhaltens ihrer Mitglieder, von denen vier in die genannten Disziplinarverfahren verwickelt waren, auf zwei Jahre suspendiert. Die Anzahl der polizeilichen Strafverfügungen betrug 72 (gegen 68 und 35 in den beiden Vorjahren), von denen sieben einen Verweis zur Folge hatten, während bei den übrigen von einer Disziplinarmaßnahme abgesehen werden konnte.

Denkmal für Adolf Sonnenthal. Das für Adolf Sonnenthal geplante Denkmal wird in Döbling (Wien), und zwar im neuen Wertheimleinpark, aufgestellt werden.

Die Geburtstafel für Karl Gustow, die an dem Geburtshaus des Dichters, dem niedergeborenen Agl. Markthaus, der Stadt Berlin angebracht worden war, soll demnach an dem Gebäude der Agl. Bibliothek der Döblingischen Weyerbegeben werden. Am 17. d. M. ist der hundertste Geburtstag Gustows.

# Theater und Musik.

## Bühnenchronik.

Direktor Hans Zwönendorf, der sich gegenwärtig in Wien aufhält, teilt mit, daß er den Bariton Karl Urmacher von der Berliner Königlichen Oper und Kammeringenieurin Praxedis Wagnauer vom Münchener Hoftheater fürs Hamurger Stadttheater engagiert habe. Wagnauer, der gleichzeitig mit Fräulein Maree an das Theater verpflichtet wurde, ist zum ersten Dirigenten und künstlerischen Beirat der Direktion ernannt worden.

L.R. Man schreibt uns aus Dresden: Die Aufführung des „König Dedupus“ durch Max Reinhardt, die am Dienstag im fleischigen Zentraltheater stattfand, konnte nicht in jeder Hinsicht befriedigen. Sie machte den Eindruck einer Improvisation. Jed. Sonn als König Dedupus leistete Erfreuliches in der Kunst des Sprechens.

Hl. Man schreibt uns aus München: Das dreiatige Theaterstück „Der Sang der Seele“ von Edward Lode, deutsch von Erich Koch, machte bei seiner Uraufführung am Münchener Schauspielhaus ein stilles Fiasko. Eine gleichzeitige Uraufführung von „Der Stein der Weisen“ von Franz Wedd- tint hat keine besseren Erfolg.

## Richard Hagel — Hofkapellmeister in Braunschweig.

Kapellmeister Richard Hagel, der frühere Kapellmeister des Leipziger Stadttheaters, hat einen Ruf als Hofkapellmeister an die Braunschweigische Oper an Stelle Kiedels erhalten und angenommen.

# Luftschiffahrt.

## Eine Bliste per Tropolan.

Der jüngste Culerpilot Reichardt, ein Einjährig-Freiwilliger des Darmstädter Leibdragoonen-Regiments, flog am Dienstag nach Heidelberg zur Teilnahme am Stützungsfest des Corps Pandalia ab. Der kühne Pilot flog am Mittwoch zurück nach Darmstadt.

# Vermischtes.

## Sie fassen gar noch ab!

In der Kölnischen Zeitung ist schon gesagt worden, was man über die abheulenden neuen Hundertmarkcheine vom künstlerischen Standpunkte aus zu sagen hat. Nun stellt sich aber auch noch ein ganz ungläubiger technischer Fehler heraus: die blaue Farbe auf den Scheinen färbt bei einer Besichtigung so ab, daß es eine Freude ist. Vielleicht ist das Unglück ein Glid, denn es könnte vielleicht die Folge haben, daß man die Mißgeburtten aus dem Verkehr zu ziehen genötigt ist. Vielleicht entläßt man sich dann, bei einer Neuanfertigung einen wirklichen Künstler um Rat zu fragen. — Im „Tag“ stimmt „Gottlieb“ folgenden Sang auf den neuen Hundertmarkcheinen an:

Kaum erliefte diesen Keuling —  
Sehr gewachsen ist der Bläuling.  
Seine Flächen sind enorm;  
Siech und schauder, Erdworm.  
Wenn, in Rissen eingekragt,  
Neben dir die Gattin schwarz,  
Doch auch in des Bettes Ruh  
Mit dem neuen Bläuling zu.  
Wär es auch die längste Ehe,  
Uebersteigt er doch die Ehe.  
Jeder Blick sieht freudentagt,  
Daß dies Geld ... kein Ende hat.  
Doch zuzubien ist man erst,  
Wenn du wächst und dich vermehrt.  
Mache, Bläuling, keine Fozen,  
Mehren sollst du dich — nicht wachsen!

Schadenfeuer in einer Lackfabrik. Die bedeutende Lackfabrik „Kaglermer“ in Püdel ist Mittwoch nachmittag zum Teil niedergebrannt. Große Vorräte sind verunstet. Der Schaden ist sehr bedeutend.

# Letzte Nachrichten.

## Zur Modernisierend-Debatte.

H.T.B. Rom, 9. März. „Popolo Romano“ stellt fest, daß die preußischen Minister noch nie bei einem Ankurskampfs erste Erklärungen abgegeben haben, wie dies gelegentlich der Debatte über den Modernisierend in preußischen Abgeordnetenhaus geschehen sei. Die Klage des Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg wegen mangelhafter Rücklicht gegenüber der preußischen Legation habe zu dem Resultat geführt, daß der Staatssekretär Monignore Benigni aus seinem Amte sich entfernt habe. Papi Pius werde übrigens den preußischen Vorstellungen noch Rechnung tragen. — In einem Nachwort weist das Blatt darauf hin, daß der Vatikan sich hinsichtlich auf Portugal, Frankreich und Spanien hüten werde, mit Deutschland Streit anzufangen.

## Verurteilt wegen Quellsforderung.

h. Gera, 9. März. (Privattelegramm.) Die Strafammer verurteilte den Rechtsanwalt Korman wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen zu 11 Tagen Gefängnis, Kartellträger Landgerichtsrat Dr. Franz erhielt drei Tage Gefängnis. — Die Forderung war von Rechtsanwalt Korman gegen den Landgerichtsdirektor Wendler und gegen den Staatsanwalt Rottischel gestellt worden, weil beide mehrere beleidigende Verfügungen gegen Korman getan hatten. Im Hlaboner führte der Staatsanwalt aus, daß die Beleidigung des Landgerichtsrats als unbedingt zu weitgegangen angesehen werden müßte.

## Fischerunruhen in Frankreich.

W. Paris, 9. März. In Caucaie und Saint-Malo haben gestern die Rheder eine Erklärung unterzeichnet, in der sie weitere Zugeständnisse an die Island-Fischer verweigern. Falls die Fischer dabei bleiben, ihre schriftlichen Verträge zu brechen, so wollen die Rheder für ihr Gewerbe einen anderen Hafenplatz wählen. Infolge dieser Erklärung ist die Aufregung unter den Fischern wieder gewachsen.

## Die Wirren in Mexiko.

London, 9. März. Die Meldungen der Newyorker Morgenblätter über die Lage in Mexiko lauten mehr oder weniger widersprüchlich. Die unglücklichsten Gerüchte werden verzeichnet, darunter auch eine Meldung vom Tode des Präsidenten Diaz. In finanziellen Kreisen mißt man diesen alarmierenden Berichten wenig Glauben bei.

## Schneewetter in Spanien.

Madrid, 9. März. In der Witterung ist plötzlich ein starker Umschwung zu verzeichnen. Winterliche Temperatur ist eingetreten. Aus den nördlichen und mittleren Provinzen, ebenso aus Granada, Valencia und Santander werden Schneegestöber gemeldet, die den Zugverkehr unterbinden.

Alfajon, 9. März. Streifende Bootskleute verunfachten die Auslieferung der Passagiere des Postdampfers „Sagon“ zu verhindern. Truppen bewerkstelligten schließlich die Landung.

Leitung: Wilhelm Georg.  
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg.  
für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Reitter; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Schwimganger; für den Inlandteil: Albert Barth.  
Druck und Verlag von Otto Hendel. Gmünd in Halle a. S.  
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. —  
einschließlich Unterhaltungsblatt.







